

Deutschland und andere Länder schlucken diese Warnungen demonstrativ in den Wind und unternehmen zu wenig, um sich auf die zu erwartende Migration vorzubereiten. Vielleicht dachte die Bundesregierung, sich durch das Dublin-System abschnitten zu können.

Kurz: Die ‚Krise‘ ist auch eine Krise der Politik, die zu erheblichen Mängeln geführt hat. Von ihr als „Flüchtlingskrise“ zu sprechen, verschleiert diesen Zusammenhang. Da dieser Begriff dennoch momentan so viel genutzt wird, kann es aber sinnvoll sein, von der ‚sogenannten Flüchtlingskrise‘ zu sprechen, um auf die Problematik hinzuweisen, die dieser Begriff ausdrückt.

Sprache schafft Menschenbilder

Auch der Begriff ‚Flüchtling‘ reduziert die Menschen auf diese eine – wenn auch prägende – Erfahrung der Flucht. Die Nachsilbe ‚-ling‘, dient in der deutschen Sprache der Verniedlichung und – wenn wir einmal darauf achten – auch einer negativen und abwertenden Beschreibung. So zum Beispiel der Wüstling, der alles kaputt macht und gewalttätig ist, der Feigling, der sich nichts traut, der Neuling, der noch nicht so viel weiß und keine Erfahrung hat. Darüber hinaus beschreibt die Nachsilbe ‚-ling‘ den Begriff oder die Person als männlich. Somit gibt es keine weibliche Form von ‚Flüchtling‘. Frauen, die sich ebenso wie Männer auf gefährliche und extrem anstrengende Fluchtrouten begeben, werden damit nicht benannt. Viele Menschen reden deshalb von „Geflüchteten“. Zum einen ist diese Begrifflichkeit geschlechtsneutral und keine Verniedlichungsform, zum anderen ist "geflüchtet" ein Adjektiv, das uns dazu einladen kann, zu bedenken, dass es sich um geflüchtete Menschen handelt, die so individuell und unterschiedlich sind wie alle anderen auch.

Warum ist Sprachpolitik wichtig für

Unterstützungsarbeit?

Etwas anderes ist es, wenn wir selbst Geflüchtete sind und dann von uns selbst in einer bestimmten Form sprechen. Einige sagen: „Wir sind non-citizens (Nicht-Staatsbürger*innen).“

Andere sagen bewusst: „Wir sind Flüchtlinge und führen einen politischen Kampf für unsere Rechte.“

Wenn wir Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sind, haben wir aber beim Reden über Geflüchtete eine privilegierte Position, eine sprachliche Verantwortung und sollten die jeweiligen unterschiedlichen Selbstbezeichnungen akzeptieren.

Wie oben beschrieben, formt unsere Sprache die Denkmuster, mit denen wir unsere Umgebung und die anderen Personen in ihr erfassen. Für solidarische Unterstützungsarbeit ist es entscheidend, dass wir versuchen, uns gegenseitig auf Augenhöhe zu begegnen. Es ist wichtig, Menschen als Individuen wahrzunehmen, die sehr unterschiedlich auf Situationen reagieren, zum Beispiel auf die Strukturen in einer neuen Unterstützungsgruppe, oder auf Alltag oder Isolation im Lager.

Keiner der von uns benutzten Begriffe ist immer richtig. Der Begriff ‚Geflüchtete‘ wird – zurecht – vielfach kritisiert. Denn auch deutsche Behörden benutzen in letzter Zeit vermehrt ebenfalls die Begriffe ‚Flüchtlinge‘ und ‚Geflüchtete‘. Als Flüchtlinge werden die bezeichnet, die Aussicht auf eine Aufenthaltsgenehmigung haben, als Geflüchtete die, die keine Chancen auf ein Bleiberecht haben. Hier wird versucht, zwischen „guten“ und „schlechten“ Neuankommenden zu unterscheiden. Darum wird auch der Begriff ‚Geflüchtete‘ wahrscheinlich bald nicht mehr angemessen sein.

Es geht uns auch nicht darum, abschließend einen ‚korrekten‘ Begriff vorzuschlagen, denn diese sind auch immer abhängig von Zeitpunkt und Situation. Viel wichtiger ist es uns, Denkprozesse über die Denk- und Handlungsmuster anzustoßen, die sich in Begriffen verstecken können. Bei dieser Reflexion über Sprache geht es uns keinesfalls darum, Begriffe einfach zu ersetzen. Denn die ‚korrekte‘ Bezeichnung für eine gesellschaftliche Gruppe oder ein Phänomen ist noch lange nicht ausreichend. Selbst wer die scheinbar ‚richtigen‘ Begriffe benutzt, kann damit etwas ‚Falsches‘

sagen. Die eigene Sprache zu überdenken und zu verändern ist nur ein Element auf dem Weg zu besseren Verhältnissen, nicht dessen Ende. Kritisches Denken muss sich auch – und vor allem – in Handlungsweisen widerspiegeln.

Dieser Text ist der Einleitung aus der Broschüre "Willkommen ohne Paternalismus" von glocal e.V. entnommen. Er wurde unter der Creative Commons-Lizenz BY-NC-SA veröffentlicht und darf unter Nennung des Urhebers (und des Links zur Broschüre auf dessen Homepage) für nichtkommerzielle Zwecke unter Beibehaltung dieser Lizenz frei verwendet werden.

<https://www.glocal.org/publikationen/willkommen-ohne-paternalismus/>

- ANZEIGE -

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen. fakten. argumente.



Die Autoren (Andrej Holm, Claus Schreer) weisen nach, dass die in der Bundesrepublik betriebene Wohnungspolitik ein exemplarisches Beispiel grandioser Umverteilung von unten nach oben ist. Die Miet- und Steuergesetzgebung sichern optimale Profitbedingungen. Mietpreisexplosion, Obdachlosigkeit, Umwandlungs- und Modernisierungsspekulation sind keine vermeidbaren Fehler der kapitalistischen Wohnungsmarktwirtschaft, sondern ihr zwangsläufiges Ergebnis. Der weitaus größte Teil staatlicher Wohnungsbauschubventionen fließt nicht in den Sozialen, sondern in den angeblich freifinanzierten Wohnungsbau. Nachgewiesen wird, dass der Staat über die Steuervergünstigungen den gesamten privaten Wohnungsbau finanziert. Ein Plädoyer für eine grundlegende Wende in der Wohnungspolitik. "Eine soziale Wohnungspolitik erfordert drastische Eingriffe in die am Profit orientierte kapitalistische Verwertung des Grund- und Hausbesitzes."

isw-report 116/117

Mai 2019 / 60 S. / 5,00 EUR + Versand

isw e.V., Joh.-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 089-168 94 15
email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de